

FreiBrief aus Berlin

10/2014



Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzte Woche hat gezeigt: Die Situation in Syrien und im Irak ist dramatisch. Über 100.000 Kurden haben sich in den letzten Tagen aus Syrien in die Türkei gerettet, um vor dem Terror des selbsternannten Islamischen Staats (IS) zu flüchten. Diese Zahlen machen deutlich, dass wir weitere Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen müssen. Der Kompromiss zum Asylrecht wird daran zunächst nichts ändern. Nach der schwierigen Einigung im Bundesrat, vor allem der Blockade der Grünen geschuldet, sind nun wie von uns gefordert die Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufgenommen. Die Betroffenen aus diesen drei osteuropäischen Ländern sind in aller Regel keine politisch Verfolgten. Anträge von Asylbewerbern können jetzt von den Behörden schneller bearbeitet werden. Die Übereinkunft wird zu einer Entlastung der Kommunen führen.

Im letzten Monat habe ich den Bundesaußenminister in die afghanische Hauptstadt Kabul begleitet. Im Zentrum standen dabei Gespräche um die weitere Entwicklung des Landes am Hindukusch. Ich konnte mir ein Bild von den Fortschritten machen, die das Land im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur, der Bildung und der Gleichberechtigung der Frauen gemacht hat. Nun gilt es, dass die Regierung der nationalen Einheit die politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Grundlagen schafft, damit das jahrelange internationale Engagement unverändert fortgeführt wird.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Wachstumsimpulse durch TTIP sind für Deutschland unverzichtbar</i>	4
<i>Sanktionsverzicht bei Hartz-IV setzt Fehlanreize</i>	5
<i>Mitarbeiter des Bundestagsbüros auf Entdeckungsreise im Wahlkreis</i>	5

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Die Sommerferien sind in allen Bundesländern vorüber und auch der Bundestag hat im September wieder seinen Normalbetrieb aufgenommen. Zwar stand in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause die obligatorische Beratung des Bundeshaushalts für das kommende Jahr im Mittelpunkt, dennoch beschäftigte den Berliner Politikbetrieb vor allem die Entwicklung in der Grenzregion zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak. Im Zuge der Diskussionen über die Gräueltaten des IS, der daraus resultierenden Flüchtlingswelle und dem weiteren Umgang mit der Terrororganisation konnte ich meine siebte Rede im Bundestag halten.

Haushalt 2015 – Wir halten Wort: Ohne Steuererhöhungen schuldenfrei

Der Bundestag verabschiedet in der ersten Septemberwoche den Haushalt für das kommende Jahr. Auf den vorgelegten Etat können wir sehr stolz sein, schließlich steht damit erstmals seit 1969 die „schwarze Null“. Damit haben wir bei zwei unserer ganz zentralen Wahlversprechen Wort gehalten. Wir haben uns entschieden gegen die Versuche der Opposition, aber auch unseres Koalitionspartners gestellt, doch noch einmal deutlich mehr neue Schulden aufzunehmen. Gleichzeitig zeigen wir damit, dass wir mit dem auskommen, was uns zur Verfügung steht, ohne die Steuern zu erhöhen. Dabei vergessen die linken Parteien wie auch die Schuldenländer in Europa immer gern, dass solides Haushalten kein Selbstzweck ist, sondern vielmehr die Voraussetzung für neue Handlungsmöglichkeiten schafft – beispielsweise für notwendige öffentliche Investitionen in Verkehr oder Bildung. Dabei gilt am Ende des Tages, dass größere Sparanstrengungen auch größere Spielräume mit sich bringen. Ohnehin erachte ich die von uns mit Nachdruck verfolgte Haushaltskonsolidierung als den besten Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Sie ist für mich die größte Errungenschaft der von uns geführten Koalition überhaupt. Der Haushalt 2015 ist ganz nebenbei das Beste, was wir für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und für unsere Kinder tun können.

Deshalb richte ich meinen ausdrücklichen Dank an Finanzminister Wolfgang Schäuble, der damit sein politisches Lebenswerk sicherlich noch einmal krönt.



Bundestag berät EU-Bankenunion – Wir halten Wort: Mit uns keine Haftungsunion

Der dritte zentrale Eckpfeiler unseres politischen Handelns in dieser Wahlperiode ist sicherlich unser Versprechen, dass es mit uns keine „Vergemeinschaftung“ europäischer Schulden geben wird. Und auch für die Einhaltung dieses Versprechens sind wir in der letzten Sitzungswoche einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Für die Rettung europäischer Banken sollen künftig nicht mehr die Steuerzahler herhalten. Diese Regelung ist Teil eines Maßnahmenpaketes zur Vollendung der europäischen Bankenunion, das der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beraten hat. Im Fall einer Insolvenz haften in Zukunft in erster Linie die Eigentümer und Gläubiger einer Bank. Damit ziehen wir meines Erachtens die Lehren aus der Finanz- und Bankenkrise. Teil dieser europäischen Bankenunion ist auch die Einführung einer grenzüberschreitenden Bankenaufsicht. Da die Aufsicht über das gegenwärtige Finanzsystem nicht mehr national zu bewältigen ist, soll am 4. November 2014 die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über rund 120 systemrelevante Finanzinstitute in den Mitgliedstaaten der Eurozone übernehmen. Dieser Schritt ist sicherlich nicht ganz unproblematisch, da damit die geldpolitische Verantwortung sowie die Bankenaufsicht in der Hand einer einzigen Institution liegen wird. Deshalb ist es wichtig, beide Verantwortungsbereiche innerhalb der EZB – wie von Wolfgang Schäuble gefordert – so strikt

wie möglich zu trennen, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. Wird das nun vorgestellte Gesetzespaket abschließend verabschiedet, gilt ab dem 1. Januar 2015 in der Bankenunion eine sogenannte Haftungskaskade. Zuerst haften Eigentümer und Gläubiger, dann der europäische Bankenabwicklungsfonds, der nach deutschem Vorbild mit Mitteln der Banken gefüllt wird. Erst ganz zum Schluss und nur wenn die anderen Maßnahmen nicht ausreichen, können gegebenenfalls Steuermittel zum Einsatz kommen. Dazu wird die derzeit in Deutschland erhobene Bankenabgabe durch die Einführung einer neuen, den europäischen Vorgaben entsprechenden Bankenabgabe abgelöst. Die konkrete Ausgestaltung der Bankenabgabe soll bis Herbst in Brüssel geregelt werden. Die so erhobene Abgabe wird ab 2016 in einem europäischen Fonds zur Verfügung stehen. Dieser dient dazu, zukünftige Abwicklungsmaßnahmen mitzufinanzieren. Ganz besonders wichtig ist uns auch dabei gewesen, dass die bisherige nationale Einlagensicherung bestehen bleibt. Sie wird nicht vergemeinschaftet. Darauf haben wir großen Wert gelegt.



IS-Terror: Die Gefahr ist für Deutschland ganz konkret

Nachdem der Bundestag bereits am 1. September zu einer Sondersitzung zusammengekommen ist, um im Angesicht der Bedrohung durch den sog. Islamischen Staat (IS) über die Lieferung von Waffen an die kurdischen Peschmerga abzustimmen, erforderte die weitere Entwicklung in der Grenzregion zwischen Syrien, dem Irak und der Türkei eine erneute Diskussion. Insbesondere die durch die Brutalität der Dschihadisten

gegenüber anderen Religionen ausgelösten dramatischen Flüchtlingsströme waren der Anlass dafür, um die eigene Haltung bzw. die eigene Politik im Zuge der neusten Entwicklungen zu reflektieren. Bei dieser Debatte durfte auch ich für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an das Rednerpult im Reichstag treten. Dabei machte ich gegenüber den anwesenden Kollegen klar, dass ich mir eine konsistente und eng abgestimmte Strategie der internationalen Gemeinschaft wünsche. Nur damit könne der Schreckensherrschaft und dem grausamen Morden des IS Einhalt geboten werden. Für eine solche Strategie bedarf es aus meiner Sicht vierer verschiedener Bausteine. Dazu müsse als erstes und mit oberster Priorität den Flüchtlingen schnell, unbürokratisch und vorbehaltlos geholfen werden. Auch Deutschland kann und muss dazu noch mehr Flüchtlinge aufnehmen - aber nicht ohne die Verteilung innerhalb der EU mit den Partner neu zu verhandeln. Zweitens müssen wir die humanitäre Hilfe vor Ort verstärken. Hier ist Deutschland bereits sehr gut aufgestellt - nicht nur, weil wir den Kurden im Norden des Irak erst kürzlich umfangreiche Hilfe zugesagt haben, sondern auch weil Deutschland seit 2012 über 550 Mio. EUR für die Menschen in Syrien zur Verfügung gestellt hat. Damit gehöre Deutschland einmal mehr zu den größten bilateralen Gebern. Wesentlich ist darüber hinaus, dass wir die Ursachen des Terrors vor Ort bekämpfen. Sicherlich haben wir zugesagt, die kurdischen Peschmerga insbesondere mit panzerbrechenden Waffen zu unterstützen. Aber sicherlich war niemand so naiv, zu glauben, dass ein paar Gewehre das Problem des IS aus der Welt schaffen würden. Deshalb bin ich der Meinung, dass nicht schon wieder von vornherein alles Mögliche ausgeschlossen wird, bevor die eigentlichen Prozesse beginnen. Ich stelle mir in diesem Zusammenhang schon die Frage: Warum sollte es kategorisch nicht in Frage kommen, dass wir uns an Luftschlägen beteiligen? Und viertens kommt es für mich darauf an, bei der Lösung der Krise auf einen engen Schulterschluss mit den Ländern in der Region zu setzen, die verschiedenen Ethnien und Religionsgruppen einzubinden und die handelnden Akteure vor Ort zu ertüchtigen. Im Moment sind Staaten wie der Irak gescheitert, es bedarf des Wiederaufbaus funktionsfähiger staatlicher

Strukturen. Wir müssen zur Lösung des IS-Problems alle Kraft aufwenden. Dabei müssen wir immer daran denken, was ganz konkret IS für unser Land bedeutet. Die Gefahren sind für mich weit weniger abstrakt, als am Hindukusch. In Syrien kämpfen heute schließlich weit mehr Dschihadisten als in den 12 Jahren in Afghanistan zusammengenommen. Außerdem gibt es eine direkte Verbindung zu dem Terror des IS. In Wuppertal sollte vor drei Wochen eine „Scharia-Polizei“ eingerichtet werden. Erst in der letzten Woche wurde ein gewaltbereiter Rückkehrer in Berlin festgenommen und insgesamt sind gut 400 radikale Deutsche nach Syrien gereist, um sich dem IS anzuschließen. Vor diesem Hintergrund erachte ich es auch innenpolitisch als richtig, sämtliche in Frage kommenden Mechanismen ernsthaft zu prüfen. Beispielsweise halte ich den Vorstoß, sog. Syrien-Kämpfern automatisch den Pass zu entziehen, für diskussionswürdig. Wer sich vom Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung so weit entfernt, hat auch kein Anrecht darauf, deutscher Staatsbürger zu sein. Meine Rede zum Thema können Sie [hier](#) abrufen.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Im vergangenen Monat nahm ich wieder zahlreiche Termine im gesamten Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal wahr.

Scheckübergabe der Town & Country Stiftung an RESPECT YOURSELF e.V.

Eine symbolische Scheckübergabe der Town & Country Stiftung an RESPECT YOURSELF e.V. fand in der Discothek „Okay“ in Donaueschingen statt. Im Rahmen des 2. Town & Country Stiftungspreises hatte sich der seit vielen Jahren ehrenamtlich engagierende Verein „RESPECT YOURSELF“ auf meine Empfehlung hin, wie 176 andere förderwürdige Betreuungs- und Bildungsprojekte, um eine Zuwendung der gemeinnützigen Town & Country Stiftung beworben. Ich machte deutlich, dass dieses seit 2004 bestehende Projekt in Bezug auf Drogenfreiheit und -prävention ein herausragendes Jugendschutzprogramm ist, das jedes Jahr insgesamt mehr als 5000 Jugendliche direkt anspricht,

sie auch an Planung und Durchführung beteiligt und damit einen Leuchtturm über die Region hinaus darstellt.



Delegiertenversammlung der Jugendfeuerwehren des Schwarzwald-Baar-Kreises

Wie sehr mir die Jugendarbeit am Herzen liegt, äußerte ich bei meinem Besuch bei der Delegiertenversammlung der Jugendfeuerwehren des Schwarzwald-Baar-Kreises im Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Donaueschingen. Ich bedankte mich bei den knapp Hundert anwesenden Delegierten für ihre tolle Arbeit. In meinen Ausführungen wies ich auf die Wichtigkeit einer nachhaltigen Jugendarbeit der zahlreichen Ausbilder und Betreuer hin und machte deutlich, dass hoffentlich die zukünftigen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner vor mir sitzen, für die Retten – Löschen – Bergen – Schützen gelebte Solidarität bedeutet.

25 Jahre Museum für Mineralien und Mathematik in Oberwolfach

Anlässlich des 25. Geburtstags des Museums für Mineralien und Mathematik in Oberwolfach gratulierte ich auf Einladung von Bürgermeister Jürgen Nowak. Mit ihrer ambitionierten Arbeit im letzten Vierteljahrhundert haben es die Initiatoren und vielen Ehrenamtlichen geschafft, die traditionellen örtlichen Vorzüge mit dem Mineralienabbau und dem weltweit anerkannten mathematischen Forschungsinstitut in einer Ausstellung zu vereinen. Als Alleinstellungsmerkmal in einem vitalen und zukunftsorientierten Oberen Kinzigtal trägt das Museum in einer zunehmend touristisch frequentierten Gegend wie dem Schwarzwald zur Vielfalt der Angebote bei

und bietet zugleich der höheren Mathematik eine wertvolle Plattform.



ebm-Papst in St. Georgen mit neuem Technikum

Um auch mit der Wirtschaft vor Ort im Gespräch zu bleiben, besuchte ich wieder erfolgreiche Unternehmen im Wahlkreis. Zur Eröffnung des neuen Technikums der Firma ebm-Papst in St. Georgen sprach ich dem Weltmarktführer im Bereich industrielle Lufttechnik, Automotive und industrielle Antriebstechnik meine besten Wünsche für die Zukunft aus. Die Investition in die Zukunft des Unternehmens und damit auch den Standort St. Georgen zeigt, wie innovativ und nachhaltig die Region aufgestellt ist. Ein Konzern der weltweit agiert und trotzdem traditionell an mittelständischen Strukturen festhält, demonstriert eindrucksvoll die Vorzüge des sogenannten ländlichen Raumes Schwarzwald-Baar / Oberes Kinzigtal.

Einbürgerungsfeier des Landkreises Schwarzwald-Baar-Kreis

Da der demografische Wandel und der Fachkräftemangel mehr und mehr auch in meinem Wahlkreis zum Thema wird, ließ ich es mir nicht nehmen, im Rahmen der Einbürgerungsfeier im Landratsamt Villingen-Schwenningen den anwesenden Neubürgern der Bundesrepublik Deutschland und Ihren Familien mein herzliches Willkommen auszusprechen. Die 19 an diesem Abend stellvertretend für 286 seit 2013 eingebürgerten Personen haben sich aus den unterschiedlichsten Gründen wie familiäre Bindungen, wirtschaftliche Chancen oder schwierige politische Rahmenbedingungen dazu entschieden, diesen Schritt zu tun und deutsche Staatsbürger zu werden. Gleichzeitig machte ich deutlich, dass nur so die Gesellschaft bunter, vielfäl-

tiger, offener und leistungsfähiger wird. Ich erinnerte an die hervorragenden Lebensbedingungen bezüglich Infrastruktur und Arbeitsmarkt im Schwarzwald-Baar-Kreis und stellte heraus, dass trotz einer nominellen Vollbeschäftigung im Kreis noch immer deutschlandweit 175.000 Ausbildungsplätze unbesetzt sind. In Zeiten des demografischen Wandels werden je nach Prognose und Institut im Jahre 2030 zwischen 1,5 und 5 Mio. Fachkräfte zu wenig zur Verfügung stehen. Dies verdeutlicht die Brisanz des Themas Fachkräftemangel. Deutschland benötigt ein jährliches Zuwanderungssaldo von 400.000 Menschen, denn der drohende Verlust an Dynamik, Leistungsfähigkeit, Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Region und ganz Deutschlands kann nur durch qualifizierte Zuwanderung kompensiert werden.



Wachstumsimpulse durch TTIP sind für Deutschland unverzichtbar

Das Freihandelsabkommen mit den USA, das sog. TTIP bietet uns ungeahnte Chancen mit Blick auf Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Gerade unsere von einem starken Mittelstand geprägte Region wird überproportional von einer auch auf die USA ausgeweitete Freihandelszone profitieren. Die vereinfachten Exportregelungen führen zu einem Wachstumseffekt in Höhe von einem Prozentpunkt. Die Nachfrage nach unseren ohnehin in den USA beliebten Produkten "Made in Germany" wird sich vermutlich nahezu verdoppeln. Damit eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten für die vielen Weltmarktführer aus meinem Wahlkreis, die sich nach Abschluss der Verhandlungen an öffentlichen Ausschreibungen in Nordamerika beteiligen können. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wird durch den Wegfall von Zöllen und anderen Handelshemmnissen drastisch steigen. Man führe

sich nur vor Augen, dass die heutigen Vorgaben den Ex- und Import bei den Automobilzulieferern um bis zu 25 % teurer machen. Bei Lebensmitteln liegt die Teuerungsrate bei bis zu 70 %. Beide Produktgruppen sind bei uns stark vertreten. Es wird außerdem erwartet, dass allein in Deutschland bis zu 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber nicht nur von dem gesteigerten Arbeitsplatzangebot profitieren die Verbraucher, sondern auch von der erhöhten Produktvielfalt. Gesteigerter Wettbewerb sorgt für Qualität und bessere Preise. Die Wirtschaftsinstitute gehen davon aus, dass durch Preis- und Wachstumseffekte die deutsche Durchschnittsfamilie bis zu 545 EUR im Jahr sparen kann bzw. mehr zur Verfügung hat. Mit Blick auf die breite gesellschaftliche Diskussion ist es natürlich richtig, dass wir die Menschen mitnehmen und ihre Sorgen nicht in den Wind schießen. Allerdings müssen wir auch in die Zukunft blicken und die sich uns bietenden Chancen ergreifen. Die bewährten hohen Qualitäts-, Sicherheits- oder Datenschutzstandards stehen für uns dabei jedoch nicht zur Debatte. Vielmehr ist es unser Ziel, mit unseren hohen Standards Maßstäbe zu setzen. Für mich ist das TTIP eine wichtige Brücke in die Zukunft, die wir nicht einreißen dürfen, bevor sie überhaupt erbaut wurde. Lesen Sie [hier](#) noch mehr über die Vorteile des TTIP nach.

Sanktionsverzicht bei Hartz-IV setzt Fehlanreize

Natürlich sorgen unser Sozialsystem und insbesondere die Grundsicherung für gewisse Mindeststandards, die jedem Bedürftigen ohne Wenn und Aber zustehen. Dennoch gilt auch bei dieser Sozialleistung der Grundsatz, dass eine Leistung eine Gegenleistung erfordert. Für die Leistungsempfänger bedeutet dies, dass Sie sich zumindest an die von Seiten des Gesetzgebers

vorgegebenen Rahmenbedingungen halten müssen, die ich als alles andere als zu streng erachte. Deshalb ist es aus meiner Sicht der falsche Vorstoß des SPD-geführten Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, auf Sanktionen weitestgehend verzichten zu wollen. Erfahren Sie [hier](#) mehr zu diesem Thema.

Mitarbeiter des Bundestagsbüros auf Entdeckungsreise im Wahlkreis

Ende des vergangenen Monats haben mich meine beiden Mitarbeiter in Berlin in meinem Wahlkreis besucht. Mir war es wichtig, dass Christian Friedrich und Yvonne Witzmann die Region kennen lernen, denn es ist immer besser, die Entwicklungen einmal mit eigenen Augen zu sehen. Die vier Tage haben wir gemeinsam mit dem Mitarbeitern des Wahlkreisbüros genutzt, um einige Städte und Gemeinden zu besichtigen und mit den Bürgermeistern vor Ort ins Gespräch zu kommen (Bild: Gutach). Auch ein Besuch im Landratsamt Villingen-Schwenningen bei Landrat Sven Hinterseh stand auf der Tagesordnung, um sich über den Schwarzwald und die Baar zu informieren. Einen ganzen Tag widmeten wir zudem dem Oberen Kinzigtal, so dass wir den Wahlkreis umfassend wahrnehmen konnten. Es hat sich gezeigt, dass meine fünf Mitarbeiter ein engagiertes und kompetentes Team ist, worauf ich mich zu hundert Prozent verlassen kann.



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de

Internet: www.thorsten-frei.de

facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU